

16.04.2010

Windkraft polarisiert in Hünfelden



Viele der kritischen Fragen, hier am Mikro Hermann Maxeiner vom BUND-Kreisvorstand, konnten wegen abgelaufener Diskussionszeit nicht mehr gestellt werden. Fotos: wu (2)

Hünfelden. „Der Zug ist schon lange abgefahren – in Richtung Windkraft. Die Kontrahenten haben das nur noch nicht bemerkt“, sagte ein kritischer Besucher. Hier werde nur noch zum Schein gefochten. Streng nach Rahmenplan und Losverfahren schilderten zunächst Bärbel Leukel und Frauke Dietz (BI-Sprecherinnen Hünfelden und Hünstetten) ihre Sorgen und Anliegen. Dass sie damit nicht alleine stehen, dokumentierten sie mit einer Unterschriftenliste, die Leukel Bürgermeister Norbert Besier (parteilos) überreichte.

„Wir sind nicht gegen Windkraft überhaupt. Wir halten aber den geplanten Eingriff in unser Ökosystem Wald für nicht vertretbar. Deshalb fordern wir: Keine Rodung für Windkraft! Der Wald muss als Lebens- und Erholungsraum mit seinen verschiedenen Schutzfunktionen erhalten bleiben. Und 591

Menschen aus Hünstetten, 1009 Menschen aus Hünfelden und unzählige aus den umliegenden Gemeinden haben den gleichen Wunsch mit ihrer Unterschrift besiegelt“, so die BI-Sprecherin. Besier versprach, sich „über die Liste Gedanken zu machen“.

Diplom-Geograph Sven Kunze von der Firma „juwi“ schilderte den Bau der Windkraftanlagen als „unbedenklich“. Dabei handele sich natürlich um einen Eingriff in die Natur, aber sämtliche der strengen Voraussetzungen des Gesetzgebers seien erfüllt, die geforderten Grenzwerte hinsichtlich Abstand von der Wohnbebauung, Schallausbreitung und Schattenschlag der zehn, je 185 Meter hohen Anlagen weit unterschritten, Unfallrisiken seien als gering einzustufen, das Landschaftsbild werde nur unwesentlich beeinträchtigt und ein Teil der zunächst benötigten Fläche werde wieder aufgeforstet. Auch werde der Vogel- und Fledermausschutz streng beachtet. Weder nach dem Vogelschutzgutachten für den Regionalplan Mittelhessen noch für den RP Südhessen seien artenschutzrechtliche Probleme zu erwarten.

Demgegenüber stünden die erheblichen Vorteile, die den beiden Gemeinden respektive ihren Bürger zukämen, nämlich qualifiziert geschätzte Pacht- und Gewerbesteuerereinnahmen von jährlich 500 000 Euro für Hünfelden (sechs WEA) und 300 000 Euro für Hünstetten (vier WEA). „Über die Laufzeit von 20 Jahren sind das insgesamt 16 Millionen Euro für Gemeindestraßen, Dorfgemeinschaftshäuser, Kindergärten, Büchereien und dergleichen, was ansonsten der Bürger aus seiner Tasche zahlen müsste“, so Kunze, der auf weitere finanzielle Zuflüsse für Investitionsnebenkosten (Fundamente, Wegebau, Ausgleichsmaßnahmen und Ersatzaufforstungen) hinwies. Insgesamt bringe der Windpark über 26 Millionen Euro nach Hünfelden und Hünstetten. „Das ist eine Chance. Die sollten sie nutzen“, so seine Empfehlung an die Versammlung.

Bürgermeister Besier stellte sich als noch vor zehn Jahren als gar kein Fan von Windkraft vor. Doch die Entwicklungen und die entsprechenden Gesetze seien fortgeschritten. Wie lange reichen noch Uran, Öl und Gas? Was ist mit dem drohenden Klimawandel? Deshalb habe der Bundestag 2008 den Beschluss gefasst, dass der CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent reduziert wird und 30 Prozent des Stroms und der Wärme aus erneuerbaren Energien gewonnen wird. „Diese Ziele sind nur durch deutlichen Ausbau der Windenergienutzung zu erreichen“, so Besiers Fazit, der an die schrecklichen

Zahlen von Tschernobyl erinnerte, wo es 70 000 Tote gegeben hatte.

Wenn die Gemeindevertretung am 28. April entsprechend entscheide, werde der Aufstellungsbeschluss folgen. Der Fortgang des Verfahrens erfolge mit dem Offenlegungsbeschluss im September/November, dem Feststellungsbeschluss im Februar 2011, dem immissionsrechtliche Genehmigungsverfahren von März bis September 2011. Ab Oktober 2011 könne mit dem Bau der Anlagen begonnen werden.

Bärbel Leukel machte deutlich, dass es nicht um einen Eingriff, sondern um zehn Eingriffe auf einer Fläche von rund 100 Hektar gehe. Hinzu kämen die Eingriffe für Wegebau, eventuell ein Umspannwerk, das Verlegen von Stromzuleitungskabeln und das Verlegen von Einspeiseleitungen. Die Fläche sei doch einer Nutzung zugeordnet, nämlich der Nutzung „Wald“. Die Gemeindevertretung sollte sich das vorherrschende Bürgervotum zu eigen machen und keine Umwidmung zulassen. Wenn man den Zeitplan anschau, sei es möglich, dass Besier noch die Verträge mit der „juwi“ unterschreibe: „Herr Besier, tun Sie uns das bitte nicht an!“

© 2010 Nassauische Neue Presse